



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/154 - 6.7.1953

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-39
Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den letzten Kanzlerreden	S. 1
Frankreich und Tunesien	S. 3
Umstrittene Landkreisordnung in NRW	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Wahlhelfer Eisenhower

(sp) Mit drei in seiner engsten Heimat gehaltenen Wahlreden hat sich Konrad Adenauer für einige Urlaubswochen verabschiedet. Das war gut so, denn er hat die Gelegenheit benutzt, noch einmal deutlich zu sagen, wie er die Dinge sieht und Gelegenheit gegeben, darauf zu antworten.

Zunächst hielt er es für richtig, mit dem direkten Hinweis auf angebliche Äusserungen des Präsidenten Eisenhower einen Wandel der amerikanischen Politik für den Fall anzukündigen, dass die Sozialdemokratie die kommende Regierung bilden werde. Es ist ein äusserst befremdendes, nirgends geübtes Verfahren, im innerpolitischen Kampf massgebende ausländische Politiker für sich einzuspannen und Wünsche fremder Staatsmänner zum Massstab des eigenen Willens zu machen, gleichzeitig aber dem innerpolitischen Gegner, weil er zu den eigenen Vorstellungen im Gegensatz steht, zu diffamieren. Adenauer zeigte sich über diese Gegnerschaft empört, weil "die SPD wissen müsste, dass mit der Fortsetzung der Integrationspolitik Europa steht oder fällt" - aber er ignorierte, dass ihre einzige Folge, die Verhinderung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit sein kann. (Am gleichen Tage sprach sich übrigens sein Vizekanzler für eine spätere gemeinsame Aussenpolitik mit der SPD aus).

Adenauer hat, wo immer von Deutschland die Rede war, diesen Begriff mit der Bundesrepublik gleichgesetzt - ein sehr bezeichnender Vorgang. "Deutschland" sei von Gott die Aufgabe gestellt, Westeuropa und die abendländische Christenheit zu retten", so sagte er.

Das war wieder jener Ton aus der Nazizeit, mit der peinlich vermessenen Theorie von der deutschen Sendung. Was heisst "Rettung abendländischer Christenheit"? Sie fällt in der heutigen Zeit unlösbar mit einer sozial gesicherten Demokratie zusammen, für die, zu wenigsten in Deutschland, die Sozialdemokratie so konsequent wie keine andere Partei eintritt, während sich gerade die dem Kanzler nahestehenden Parteien oft genug als recht anfällig für antidemokratische Tendenzen erwiesen haben.

Vor dem katholischen Männerwerk erzählte er, ein hoher nicht-europäischer Diplomat habe versichert, sein Land wäre im Falle einer Überflutung Europas durch die Sowjets gern bereit, den Papst bei sich aufzunehmen. Diese Bemerkung zeige den Ernst der Lage. So in Köln. In Rhcydt aber erklärte er, die Sowjetunion wolle keinen heissen Krieg, weil sie ihn sich nicht leisten könne. Lässt sich etwas Widerspruchsvolleres denken?

Schliesslich: Die Sozialisten in allen Ländern Europas seien geradezu verzweifelt über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie. In Wahrheit haben die französischen Sozialisten gerade erklärt, sie würden nur für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, wenn die volle Gleichberechtigung auch Deutschlands gegeben sei. (was nach dieser ausdrücklichen Feststellung nur bedeuten kann, dass sie nach französischer Ansicht zurzeit nicht besteht), wenn die deutschen Neuwahlen stattgefunden hätten und wenn man ein klares Engagement Grossbritannien im Verhältnis zu jeder europäischen Gemeinschaft erreicht habe. Zusätzliche Voraussetzung für alles das ist aber nach Auffassung der SFIO das endgültige Scheitern einer Viermächtekonferenz. Diese Haltung entspricht, wie man sieht, in allen wesentlichen Punkten der der deutschen Sozialdemokratie. Und der "Daily Herald", das Blatt der Labour Party, bekannte sich am 4.7. mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, zu einem möglichst schnellen Zustandekommen von Gesprächen auf höchster Ebene. Von einem EVG-Vertrag war nicht mit einem Wort die Rede. Auch die Belgier und Holländer üben weitestgehende Zurückhaltung, die Haltung der italienischen Rechtsozialisten ist ohne praktisches Gewicht. Adenauer hätte in etwa nur recht, wenn er an Spaak und André Philip dächte, die aber heute für ihre Parteien in keiner Weise repräsentativ sind.

Was zeigen die Reden erneut? Adenauer fühlt deutlich, dass seine auf unwiderrufliche Verschmelzung eines Teiles Deutschlands in den Westblock gerichtete Politik - unter Aufgabe jeder realen Chance für eine deutsche Wiedervereinigung in absehbarer Zeit - gescheitert ist. In dieser Situation klammert er sich an Washington, beruft er sich auf das ganz anders gelagerte amerikanische Interesse, um seine These zu retten und verdächtigt im gleichen Augenblick seinen innerpolitischen Gegner, die Sozialdemokratie, sie sei eine Wegbereiterin des Bolschewismus. Jeder mag sich über dieses Verhalten sein eigenes Urteil bilden.

Sturmzeichen tunesischer Unzufriedenheit

Rw. Anfang Juli 1953

Im Laufe der letzten sechs Monate hat der Terror als tägliche Erscheinung des tunesischen Lebens nicht unerheblich nachgelassen. Die Residenz und ihr undiplomatischer Leiter aus dem Diplomatenstand, de Hautecloque, schreiben dies in erster Linie den "energischen" Maßnahmen der Polizeibehörden zu, die Gefängnisse und Internierungslager bevölkern. Andere Einwohner Tunesiens, und nicht nur die arabischen Tunesier, schreiben dieses Nachlassen der Terrorakte mehr der Tatsache zu, dass auf tunesischer wie auf europäischer Seite die Nutzlosigkeit der oftmals aufreizend wirkenden Gewalttaten allmählich anerkannt wird.

Es verbleibt jedoch die unleugbare Tatsache, dass die Gemeindevahlen - die ersten in der tunesischen Geschichte - praktisch von den Tunesiern boykottiert wurden. Es verbleibt, trotz einiger Freilassungen, die aufreizend wirkende "Konzentrierung" politisch unliebsamer Personen, die den nationalistischen Strömungen und der erbitterten Stimmung weiter Bevölkerungskreise Vorschub leistet. Es verbleibt vor allem der politische Tatbestand, dass die französische Politik in Tunesien sich vollkommen in den Immobilismus zurückgezogen hat, dessen alter Kolonialstil nur eine Politik zulässt, die das einheimische Milieu zersetzen und die in arabischen Ländern so verbreiteten Familienstreitigkeiten ausnützen will.

Diese stagnierende und alle Welt in der Regentschaft Tunis unzufrieden machende Lage wird nun plötzlich durch die Schüsse unterbrochen, die den tunesischen Thronfolger Es-Sedin-Bey in seinem Garten erreichten und seinen Tod herbeiführten. Es scheint, als sei die Täterschaft in diesem Falle leichter festzustellen, wie etwa der immer noch ungesühnte und unaufgeklärte Mord an dem Gewerkschaftsführer Ferhat Hasched. Jener Mord war der typische Fall des - praktisch straffreien - Gegenterrors von europäischer Seite. Das Attentat gegen den tunesischen Thronfolger aber ist der Ausdruck blindwütigen Hasses, der ganz allgemeinen jenen entgegengebracht wird, die den Anschein erwecken, sie seien nicht nur im Dienste der Residenz, sondern überdies auch bereit, die ungeschriebenen Gesetze der nationalen Solidarität zu verletzen, die im Laufe der letzten zwei Jahre mehr und mehr den Hof des Bey, seine Berater und im Banne der nationalen Bewegung des Néo-Destur (Destur- heisst Verfassung),

die breiten Volksmassen verbinden.

Es-Sedin-Bey war an sich ein harmloser und unbedeutender Mann. Er gehört zu der zahlreichen regierenden Familie der Hüsseini und war in ihrer Kreise der älteste männliche Nachkomme. Nach alttürkischem Brauch - die Hüsseini sind türkischer Abstammung und waren vor der Besetzung Tunesiens durch Frankreich türkische Lehnsherren - vererbt sich der Thron auf den Ältesten männlichen Nachkommen der stammesartigen Gesamtfamilie. Und es ist ein öffentliches Geheimnis in Tunis, dass der alte Sidi El-Amin-Bey dieses Erbrecht modernisieren möchte. Die direkte Thronfolge würde dann seinen Sohn, den Prinzen Schedly auf den Thron bringen. Prinz Schedly, ein ausgesprochener Néo-Destur-Mann, ist zweifelsohne eine politische Persönlichkeit, ja eine populäre politische Persönlichkeit in Tunesien - also ein von der Residenz mit tiefstem Misstrauen angesehener Mann.

So wurde aus Es-Sedin-Bey, der ja schliesslich auch darauf ausging, einmal Bey von Tunis zu werden, der Mann der Residenz. Er beging die, wie sich zeigt, folgenschwere Ungeschicklichkeit, seine Verbindungen mit der Residenz allzu sichtbar werden zu lassen. Entgegen früheren Gewohnheiten, liess sich Sidi-El-Amin bei der grossen Truppenparade vom 14. Juli 1952 nicht sehen. Es-Sedin-Bey aber installierte sich auf der Tribüne der Notablen und Behörden. In nationalistischen Kreisen wurde dies nicht nur als eine Taktlosigkeit gegenüber dem Staats- und Familienchef Sidi-el-Amin angesehen, sondern auch als Demonstration gegen den Hof und die nationale Bewegung bewertet.

Wie sehr unter der äusseren "Ruhe und Ordnung" das Feuer der Misstimmung schwelt, haben die Schüsse in den Garten des Prinzen Es-Sedin gezeigt. Es ist ohne weiteres klar, dass der nächstälteste vom Stamme der Hüsseini zögern wird, zum Thronfolger benannt zu werden und als Gegenspieler des derzeit regierenden Bey zu erscheinen.

Leider ist die neugebildete Verlogenheitsregierung Laniel und ihr in nordafrikanischen Fragen intransigenter gaullistischer Flügel nicht dazu angetan, dieses Sturmzeichen tunesischer Unzufriedenheit richtig zu werten und diejenigen Folgerungen daraus zu ziehen, die zu einer französisch-tunesischen Verständigung führen könnten.

Eine Lanze für den Tüchtigen ohne Schein

rw. Düsseldorf

Nach der neuen Landkreisordnung, die jetzt den Landtag in zweiter Lesung passierte und Mitte Juli endgültig verabschiedet werden soll, ist der Oberkreisdirektor in Weisungsaufträgen der vorgesetzten Behörden souveränes Organ und ist dem Kreistag bezw. dem Kreisausschuss nicht mehr in diesen Fragen verantwortlich, Ihrer Linie bei solchen Fragen folgend, haben die bürgerlichen Parteien auch hier wieder eine Schranke für tüchtige Menschen errichtet, die keine akademischen oder verwaltungsakademischen Schein aufzuweisen haben. Nach den Bestimmungen der von ihnen beschlossenen Landkreisordnung muss der Oberkreisdirektor oder sein Stellvertreter Volljurist sein, d.h. die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Für einen der beiden kann auf diese Bedingung verzichtet werden, wenn dieser eine langjährige praktische Erfahrung in leitender Verwaltungstätigkeit besitzt. Infolge der Stellung des Oberkreisdirektors als vollziehendes Organ der Regierungsweisungen muss seine durch den Kreistag erfolgte Wahl durch die Landesregierung bestätigt werden.

Die nordrhein-westfälische SPD sieht diese Bestimmungen also so schwerwiegend an, dass sie ihr Ja zu der neuen Landkreisordnung von einem Abbau bezw. einer Verringerung dieser Schranken abhängig machen will. Zwei bedeutungsvolle Konsequenzen ergeben sich aus einer Annahme der jetzigen Fassung: erstens würde es Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung in der Selbstverwaltung als Abgeordnete, Landräte usw. nicht mehr möglich sein, Oberkreisdirektor oder Oberkreisdirektor-Stellvertreter zu werden. Es würde ebenso wenig möglich sein, tüchtige jüngere Beamte ohne die geforderte langjährige Erfahrung in leitender Verwaltungsfunktion an diesen Platz zu berufen. Die Kautschukfassung des Paragraphen würde es einer bestimmten Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen jederzeit ermöglichen, durch ihre Regierung in Düsseldorf die Zustimmung zur Wahl zu verweigern, wenn der Oberkreisdirektor-Kandidat ihr politisch nicht passt. Denn sie könnte ja selbst Leute ablehnen, die ein halbes Dutzend von Jahren in leitender Verwaltungstätigkeit standen, weil dies immer noch nicht lang genug gewesen sei. Die Hauptthese der Sozialdemokraten aber bleibt es nach wie vor, dass man weder den akademischen Schein noch den Nachweis der Ochsentour braucht, um berufene Kraft an einer verantwortungsvollen Stelle zu sein.

Dass die sozialdemokratische Auffassung nicht aus der Luft gegrif-

fen ist, wird an der zweiten Konsequenz klar, die sich aus der Annahme der jetzigen Bestimmungen ergeben würde. Die neue Landkreisordnung macht eine Bestätigung der zurzeit amtierenden Oberkreisdirektoren durch die Landesregierung notwendig. Dabei entscheidet die Regierung bereits nach den neuen Bestimmungen, praktisch müsste dies bedeuten, dass rund ein Viertel der heutigen Oberkreisdirektoren nicht bestätigt würde, obwohl diese Leute in vielen Jahren schwerster Verwaltungstätigkeit und gerade nach 1945 ihre Befähigung auch ohne Schein unter Beweis gestellt haben. Dass es oft Sozialdemokraten sind oder Leute, die der SPD nahe stehen, ist kein Zufall, sondern hängt mit dem unakademischen Glauben der SPD an deren Befähigung zusammen.

CDU und Zentrum leugnen nun nicht - im Gegensatz zur hier sehr "schein"besessenen FDP, -, dass dieses bedrohte Viertel gute und nirgendwo zu kritisierende Arbeit geleistet hat. In den offiziellen Stellungnahmen dieser Parteien ist sogar von "Dankbarkeit" gesprochen worden, die man gegenüber den alten Oberkreisdirektoren zu empfinden habe, die keine akademischen Oberkreisdirektoren seien. Aber Prinzip müsse Prinzip sein. Und so bleibt für CDU und Zentrum die "Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst" eine Bedingung, ohne die es nicht geht. Allerdings, so wollen sie die Bedenken der SPD zerstreuen, sei es ja gar nicht so klar, was das heiße: Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Daher solle dieser Begriff in einer nachträglichen Regierungsverordnung erklärt werden. Ein seltsamer Fall von Gesetzgebung ist der Regierungskoalition damit unterlaufen. Das Parlament beschliesst und die Regierung legt dann aus, was das Parlament eigentlich gemeint hat. Je nach dem politischen Klima kann das dann so und so erfolgen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion kann sich mit solchen Kompromissformeln nur schlecht befreunden. Es sollte klar sein, dass Oberkreisdirektoren, die in der Praxis ihre Tüchtigkeit so bewiesen haben, dass man ihrer mit Dankbarkeit gedenken kann, zum höheren Verwaltungsdienst geeignet sind. Sind sie es aber, dann ist nicht einzusehen, warum andere es nicht sein sollen, die entweder in den vergangenen Jahren noch zu jung oder noch nicht erkannt waren und deshalb zur alten Garde der bewährten Tüchtigen ohne Schein noch nicht gehören können. Für die politischen Parteien sollte die Erfahrung alles und der akademische Schein solange nur Schein sein, als er sich an der Erfahrung nicht bewahrheitete. Fähigkeit und Begabung sollten nicht in die Fesseln eines akademischen elfenbeinernen Turms gesperrt werden.

Das Ostbüro der SPD teilt mit:Befohlene Freundschaftsfeste

Nach der selbst in Kreisen der SED-Funktionäre katastrophalen Auswirkung des brutalen Vorgehens der Sowjets gegen die demonstrierenden Arbeiter hat der Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungstruppen, Gretschko, die bisherigen Nicht-Fraternisierungsbestimmungen gelockert und die Abhaltung von sogenannten "Freundschaftsfesten" befohlen. In öffentlichen Veranstaltungen auf den Plätzen der Großstädte, die von den Kulturgruppen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft durchgeführt werden, soll durch die Darbietung russischer und deutscher Volkstänze "die Rolle der Sowjetarmee als Helfer und Schützer der bedrohten Ordnung" unterstrichen werden, Massentänze von Sowjetsoldaten mit FDJlerinnen wechseln ab mit Ansprachen von SED-Funktionären und Offizieren der Sowjetarmee. In Ostberlin erklärte dabei ein sowjetischer Offizier u.a.: "In diesen Tagen haben wir die Gastfreundschaft der Bevölkerung Berlins erlebt." - Die Bevölkerung nimmt von diesen Anbiederungsversuchen kaum Notiz, so dass die SED-Betriebsgruppen angewiesen wurden, die Arbeiter der umliegenden Betriebe geschlossen zu diesen "Freundschaftsfesten" zu führen.

Vopo erschoss FDJler

Nach jetzt bestätigten Nachrichten aus Halle wurde der von der SED als heimtückisch ermordet gemeldete FDJler, Aspirant der landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität, Gerhard Schmidt, das Opfer der Schiesswut der kasernierten VOPÖ. Ein Volkspolizist hatte Gerhard Schmidt, als dieser versuchte, auf die Demonstranten vor der Strafanstalt am Kirchtor beruhigend einzuwirken, in Verkennung der Situation durch mehrere Schüsse in den Rücken niedergeschossen. Die Bezirksleitung der SED beschloss nach Kenntnisnahme des Vorfalles, aus Gerhard Schmidt, der ein führender FDJ-Funktionär war, einen Märtyrer des Wütens "faschistischer Provokateure" zu machen.

Organisierter Vertrauensfeldzug

Im Verlaufe des gegenwärtigen "Vertrauensfeldzuges" der Sowjetzonenregierung kündigte Grotewohl während einer Rede im ostberliner "Karl-Liebknecht-Werk" an, für die angekündigten "Massnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards" seien mindestens zwei Milliarden Ostmark notwendig. Diese Summe soll dadurch freigemacht werden, dass sie nicht - wie im Plan vorgesehen - in die Schwerindustrie investiert würde. Die Gesamtinvestitionssumme für die Volkseigene Industrie war ursprünglich auf 2,6 Milliarden Ostmark festgelegt. Bereits bei den Vorbesprechungen des Politbüros zum 13. Plenum des SED-ZK im Mai 1953 wurde darauf hingewiesen, dass die Investitionspläne durch die Nichterfüllung der Finanzpläne ohne reale Basis seien. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Ulbricht und die anderen Rodner des "Vertrauensfeldzuges" auf die Frage der Arbeiter nach der Herkunft der notwendigen Mittel die Antwort überhaupt verweigern.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau